

## **Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 09.06.2022**

**Zu TOP: 9.5**

**AGH - Maßnahmen erhalten**

**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**

**Vorlage: AN 0086/2022**

Herr Quintana Schmidt begründet den Antrag. Die AGH-Maßnahmen müssen zugunsten der sozial Schwächsten auf ein normales Maß zurückgeführt werden.

Herr Haack teilt für die Fraktion Bürger für Stralsund mit, dass der Antrag vollumfänglich unterstützt wird. Gleichwohl äußert er Kritik an der Fraktion DIE LINKE des Kreistages des Landkreises Vorpommern-Rügen, die einem ähnlich lautenden Antrag nicht gefolgt ist.

Für die Fraktion SPD erklärt Frau Dr. Carstensen die Zustimmung zum Antrag. Jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Formulierung „uneingeschränkten“ gestrichen wird. Sie stellt einen dahingehenden Änderungsantrag.

Frau Kindler erinnert daran, dass der Betriebsausschuss Jobcenter des Landkreises Vorpommern-Rügen die Thematik bereits aufgegriffen hat. Die Beratung verläuft konstruktiv und ist bereits weit fortgeschritten. Nach Auffassung von Frau Kindler erfasst der vorliegende Antrag nicht die Komplexität der Gesamthematik. Die Formulierung „uneingeschränkten“ wird daher ebenfalls als problematisch angesehen. Die beabsichtigten Gespräche zwischen dem Oberbürgermeister und dem Landrat zur Angelegenheit werden dennoch positiv bewertet.

Die Fraktion AfD wird laut Wortmeldung von Herrn Kühnel dem Antrag zustimmen. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die finanziellen Mittel tatsächlich bei den Betroffenen ankommen.

Herr Buxbaum spricht sich für die Formulierung „uneingeschränkten“ aus. Es soll sichergestellt werden, dass keine Maßnahme gestrichen wird und keine betroffene Person aus einer Maßnahme herausfällt.

Herr Paul stellt den Änderungsantrag von Frau Dr. Carstensen zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Formulierung „uneingeschränkten“ im Beschlussvorschlag des Antrages AN 0086/2022 wird gestrichen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend lässt der Präsident über den Antrag AN 0086/2022 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Landrat für den uneingeschränkten Erhalt der AGH – Maßnahmen einzusetzen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2022-VII-05-0870

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 23.06.2022